



ZdK

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft

21. Jg. Nr. 1  
9. März 2015

## Editorial

### Zusammenleben

Tun wir genug, um das Zusammenleben mit unseren jüdischen Mitbürgern zu fördern? Muss es nicht bei uns zu tiefem Unbehagen führen, wenn unseren jüdischen Mitbürgern die Ausreise nach Israel empfohlen oder wenn ihnen geraten wird, in bestimmten Städten oder Stadtvierteln auf das Tragen der Kippa zu verzichten? Geben Untersuchungen über einen wachsenden Antisemitismus in verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht Anlass zu höchster Sorge?

Zum Zusammenleben gehört das Wissen von einander, gehört das Umsetzen gemeinsamer Projekte, der respektvolle Dialog, das Beten mit- und füreinander. "Kennt Ihr die Juden in Eurer Stadt?" möchte man in Abwandlung eines Wortes von Mutter Teresa auf einem Katholikentag fragen. Kennt Ihr ihre Fragen, ihre Sorgen, ihre Hoffnungen, ihre Ängste?

Soeben wurden der Gesprächskreis „Juden und Christen“ im ZdK und – ad personam – sein langjähriger Vorsitzender Hanspeter Heinz mit der angesehenen Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Damit wird ein über 40jähriges Engagement gewürdigt, das Ansporn für uns alle sein kann. Die zahlreichen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in unsrem Land wirken segensreich. Jeder Stadtverband, jede Pfarrei sollten Kontakte zum Judentum vor Ort haben. Gerade angesichts der aktuellen Debatten sollten wir unseren Mitbürgern jüdischen Glaubens neu die Hand reichen und auf sie zugehen, gerade jetzt, in diesen Tagen und Wochen. Deutschland ist unser gemeinsames Land und damit unsere gemeinsame Aufgabe.

Stefan Vesper

## Inhalt

### **Familie verstehen und glaubwürdig handeln** \_\_\_\_\_ 2

Als Katholikin und Katholik Position beziehen

[Birgit Mock](#)

### **Jugendmedienschutz – statt, mit oder durch Medienbildung?** \_\_\_\_\_ 4

Vielfalt von Institutionen und Zuständigkeiten

[Andreas Büsch](#)

### **Auseinandersetzung mit Sterben und Tod** \_\_\_\_\_ 6

Die letzte Entwicklungsaufgabe im menschlichen Leben

[Ursula Lehr](#)

### **Flüchtlingsschutz und Willkommenskultur** \_\_\_\_\_ 8

Ein Beschluss des Diözesanrates Berlin

[Lissy Eichert & Maria-Luise Schneider](#)

### **Wie man die störenden Neuen effektiv los wird** \_\_\_\_\_ 10

Eine nicht ganz ernst gemeinte Anleitung

[Thomas Wienhardt](#)

### **"Ich will auch heiraten!"** \_\_\_\_\_ 12

Inklusionsprojekt bei donum vitae

[Petra Schyma](#)

## Familie verstehen und glaubwürdig handeln

Als Katholikin und Katholik Position beziehen

**Es ist kein Wunder, dass die Familie in der christlichen Tradition eine so hohe Aufmerksamkeit genießt: Wenn wir erleben, wie uns Mitglieder der Familie - Mutter, Vater, Geschwister, Großeltern, weitere Verwandte - mit ihrer Liebe beschenken, wird dadurch auch die Liebe Gottes konkret erlebbar. Die Definition der Familie ist allerdings nicht mehr ganz so eindeutig. Ist Familie immer da, wo Kinder sind? Ist Familie da, wo sich Menschen verantwortlich umeinander sorgen? Ist Familie ausschließlich generationenübergreifend gemeint oder verstehen sich auch kinderlose Paare oder Geschwister zu Recht als Familie?**

In jedem Fall gehört zur Familie immer ein verbindlicher und vertrauter Rahmen, in dem Entfaltung gelingen kann. Verlässlichkeit, Geborgenheit, Zärtlichkeit, Treue, Verantwortung und Solidarität sind Attribute und Werte, die eng mit der Familie verwoben sind. Insofern wird auch die Familie zur wichtigen Grundgröße in Gesellschaft und Kirche; als kleine Einheit, in der Menschen sich selbst organisieren und beheimaten, auch mit ihrem Glauben. Was die Familie selbst erledigt, auch in finanzieller und fürsorglicher Verantwortung, braucht der Staat nicht zu übernehmen.

Wer von Familie und der Weitergabe des Lebens redet, kann dies nicht tun, ohne über Paare zu sprechen. Wenn zwei Menschen sich lieben und ihre Liebe Ausdruck findet in Kindern, ist dies ein Geschenk. Die meisten Kinder in Deutschland (über 70 Prozent) kommen heute in sogenannten ehebasierten Familien zur Welt. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Ehe als Form, eine Partnerschaft verbindlich zu leben, immer noch hohe Attraktivität besitzt. Als Katholikinnen und Katholiken rühren wir seit mehr als 2000 Jahren die Werbetrommel für die Ehe. Zu Recht wie ich finde, nur mit dem Unterschied, dass wir heutzutage nach Begründungen gefragt werden. Was unterscheidet die Ehe von einer festen Partnerschaft? Was spricht – neben etwaigen steuerlichen Vorteilen oder einer Auflage durch den Arbeitgeber oder Vermieter – für

eine Ehe? Die öffentlichen Zwänge oder Anlässe für eine Eheschließung nehmen immer weiter ab. Grund genug, sich dafür sprachfähig zu machen.

### Den richtigen Zeitpunkt finden

Wenn ich mich an meine eigene Partnerschaft erinnere, war es mein heutiger Schwiegervater, der die Sache ins Rollen brachte. Mein heutiger Mann, also damaliger Freund und ich waren als Studenten zusammengezogen und lebten so schon einige Monate, als mein Schwiegervater – ganz zwanglos – eines Tages mit der Idee einer Verlobung um die Ecke kam. Warum eigentlich nicht, so dachten wir. Wir hatten beide das Gefühl, den Partner bzw. die Partnerin fürs Leben gefunden zu haben, also warum nicht die Beziehung amtlich machen und dazu bewusst den Segen Gottes erbitten. Kleine Verlobungsfeier im Winter, im Sommer darauf eine große kirchliche Hochzeit. Im Freundeskreis waren wir mit 25 Jahren und noch nicht vollendetem Studium die absolut einzigen, die heirateten. "Seid ihr bekloppt? Um Gottes Willen, für den Rest Eures Lebens, wisst Ihr, wie lange das noch ist? Mutig, mutig. Glück gehabt, dass Ihr Euch gefunden habt." Viele Studienfreunde wohnten dem Traugottesdienst damals wohl mit gewisser Neugier und auch Skepsis bei...

### Die Chance eines Versprechens

Ich bin heute dankbar, dass wir für uns – dank externer Anfrage – den richtigen Zeitpunkt gefunden haben, und ich muss gestehen, dass ich selbst seitdem bei einigen befreundeten Paaren ungefragte und dezente Hinweise auf die Möglichkeit einer Heirat gegeben habe. Ich persönlich sehe in der Ehe eine große Entlastung. Mir kommt immer wieder ein Gedanke der politischen Theoretikerin und Publizistin Hannah Arendt in den Sinn, die von der "wohltuenden Wirkung eines Versprechens in einer unübersichtlich gewordenen Welt" schrieb. Ich brauche an dieser Stelle vermutlich nur anzudeuten, was mit der Unübersichtlichkeit gemeint sein kann: die vielen Ungewissheiten im Erwerbsleben, der Zwang zur Mobilität, die grenzüberschreitende Öffnung der realen Welt (auch über digitale Möglichkeiten) mit vermehrten Freiheitsgraden aber auch vergrößertem Entscheidungsdruck und die veränderten Rollenbilder mit all ihren Chancen und Herausforderungen.

# Familie Ehe

Eine verbindlich gelebte Paar- und Liebesbeziehung kann hier Rückenstärkung sein, in Krisenzeiten, die meiner Erfahrung nach in jeder engen Beziehung unvermeidlich sind, ein Sicherheitsgefühl vermitteln und für das Leben von Sexualität einen geschützten Raum bieten. So weit so gut.

## Die innere Distanz beenden

Damit wären der Werbung für die Ehe viele Argumente beigefügt, die sich mit meiner persönlichen Überzeugung und mit der Lehre der Kirche decken. Bis auf die Monate des nach derzeitigem Stand der kirchlichen Lehre sündhaften Zusammenlebens mit meinem Mann vor der Ehe. Und da beginnt eine Schere im Kopf, in meiner eigenen Biografie. Und diese wird nicht kleiner, sondern größer, wenn ich um Antworten gebeten werde von meinen inzwischen jugendlichen Kindern und von unseren Freunden: Was sage ich Bekannten, deren Tochter in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung lebt? Wie begleite ich unsere Kinder, wenn sie demnächst ausziehen werden und dann, vielleicht auch ohne ans Heiraten zu denken, mit einer Partnerin, einem Partner zusammenleben? Und wie stehe ich einer verheirateten Freundin zur Seite, die in einer Ehe lebt, in der die Liebe immer schwächer geworden ist und in der Schmerz und Verletzungen die Beziehung so stark dominieren, dass die Würde der einzelnen nachhaltig verletzt wird?

## Wir sollten keine Antworten schuldig bleiben

Dies sind vielleicht die kompliziertesten Fragen, die in der aktuellen Familiendebatte aufgeworfen werden, nicht zuletzt befeuert durch die römische Familiensynode, die eine unerwartet breite Aufmerksamkeit über alle Generationen hinweg erzielt hat. Es ist allerdings nicht nur der Aufruf des Papstes zur Beantwortung dieser Fragen, der mich umtreibt. Es sind die Menschen in meiner direkten Umgebung, die mich zwingen, mich als Katholikin, als Mutter, als Ehefrau und als Freundin zu positionieren.

Im Zentralkomitee der Katholiken haben wir uns entschlossen, uns diesen Fragen zu stellen. Ich bin sehr froh, dass wir mit meiner Wahl zur familienpolitischen Sprecherin im November 2013 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen haben, die für unsere Herbstvollversammlung

vor vier Monaten erste positionierende Thesen vorbereitet hat. Wir konnten damit eine breite Debatte unter den 220 ZdK-Mitgliedern anstoßen, die in kleinen Gesprächseinheiten in großer Offenheit geführt wurde. Dafür danke ich allen Mitwirkenden und Beteiligten ganz herzlich. Wir wollen uns damit nicht nur einbringen in die römische Familiensynode, die mit der Ordentlichen Beratung in diesem Oktober wichtige pastorale und dogmatische Fragen auf der Tagesordnung hat.

Vor allem wollen wir als Kirche in Deutschland mit dem Thema weiterkommen und dafür brauchen wir einen längeren Atem. Es muss darum gehen, die unzumutbaren intrapersonellen Spannungen aufzulösen, die Christinnen und Christen in ihrem Alltagsleben durch einige Normen der katholischen Lehre aufgebürdet werden und die sie in eine innere Distanzierung drängen.

## Warum die Zeit drängt

Die Spannungen erleben gleichwohl nur noch diejenigen Christen, die auf die Meinung der Kirche noch etwas geben. Doch so wenige es auch sein mögen, so groß ist die Aufmerksamkeit der säkularen Öffentlichkeit. Und hier wird wiederum von vielen wahrgenommen, ob die Kirche ihre Orientierungsangebote auf die Moderne ausrichtet oder nicht. Das ist der zweite Grund für die Dringlichkeit: Wir werden als Kirche nicht mehr ernst genommen bei den wichtigen gesellschaftspolitischen und bioethischen Fragestellungen, wenn wir unsere Hausaufgaben in der Weiterentwicklung der kirchlichen Lehre, vor allem in Fragen der Sexualmoral und der Sakramententheologie nicht erledigen.

Schließen möchte ich mit dem dritten, wichtigen Aufgabenfeld im Familienkontext: junge Menschen zu verantwortlichen Beziehungen zu ermutigen, Generationensolidarität zu stärken, Mut machen zu Kindern, und den Familien in der Vielfalt ihrer Konstellationen zur Seite zu stehen.

| Birgit Mock

Sprecherin des ZdK für Familienpolitische Grundfragen

# Jugendmedienschutz

## Lösungsvorschläge

### Jugendmedienschutz – statt, mit oder durch Medienbildung?

Vielfalt von Institutionen und Zuständigkeiten

**Das Blut spritzt im hohen Bogen, als das Schwert des in gelber Motorradkluft gewandeten Racheengels den Kopf eines Gegners abtrennt ... Diese Szene aus dem Actionfilm "Kill Bill" und andere Bilder in Filmen und Videospielen sind es, die den Kinder- und Jugendschutzmedienschutz auf den Plan rufen – zu Recht! Seit der letzten Jugendmedienschutz-Fachtagung vor drei Jahren wurden jedoch nach Meinung vieler Experten noch keine wirklichen Fortschritte erzielt. Was kann daran so schwierig sein, fragt sich so manch einer.**

Gleich vorweg: Der Schutz von Heranwachsenden vor medialen Einflüssen, die sie in ihrer Entwicklung beeinträchtigen, ist im Grundgesetz verankert (Art. 5 (2) GG). Das hat nichts mit Zensur zu tun, sondern gehört zu einem seit jeher komplizierten Aushandlungsprozess. Denn die Frage, wie weit die grundgesetzlich ebenfalls garantierte Freiheit der Kunst (Art. 5 (3) GG) geht und ab wo (bewegte) Bilder, Töne oder Texte und deren Kombination ängstigend, verstörend oder anderweitig negativ auf Kinder und Jugendliche wirken und sie in ihrer Entwicklung beeinträchtigen könnten, ist alles andere als trivial. Dabei wird niemand ernsthaft bestreiten, dass es eines Schutzes gerade jüngerer Kinder und Jugendlicher bedarf - insbesondere vor ungewollter Konfrontation mit altersunangemessenen Medien.

#### Das Problem Internet

Zur stets am einzelnen Film, Video- bzw. Computerspiel oder Rundfunk-Beitrag orientierten Regelung hat sich ein System von Selbstkontroll-Einrichtungen etabliert, das zwar bisweilen Anlass zur Kritik bietet, im Grunde aber den gesetzlichen Auftrag sehr gut umsetzt. Allerdings sind die mittlerweile etablierten vier Selbstkontroll-Einrichtungen – einerseits die FSK für den Bereich Film (seit 1949) und die USK für Software (seit 1994) auf der Seite der Trägermedien, andererseits die fsf (1993 ge-

gründet) mit Zuständigkeit für das Fernsehen und die fsm (seit 1997) für alle Multimedia-Angebote – alles andere als eine klar abgegrenzte oder auch nur gleichgewichtige Konstruktion. So sind z.B. die Entscheidungen der FSK bezüglich der Altersfreigaben nach Paragraph 14 im Jugendschutzgesetz (JuSchG) bindend auch für die Sendezeiten im Fernsehen, die in Zuständigkeit der fsf liegen – aber nicht umgekehrt: Zweitauswertungen von Fernsehfilmen oder Serien auf DVD bzw. BluRay bedürfen der Prüfung durch die FSK – um nur eine der zahlreichen Ungereimtheiten im momentan geltenden Jugendmedienschutz zu benennen. Oder das spannende Verhältnis zwischen FSK-Online, vornehmlich als ergänzendes Angebot für die Webpräsenzen von Verleihfirmen etc. im Bereich Film, zur regulären Prüfung durch die fsm. Schon aus dieser über die Jahrzehnte gewachsenen Vielfalt von Institutionen und Zuständigkeiten gäbe es reichlich Regelungsbedarf im Jugendmedienschutz.

Eine neue Schwierigkeit entsteht mit dem Internet. Denn es ist seit den ersten Mailboxnetzen der 1970er- und 80er-Jahre über das World Wide Web bis hin zu den aktuellen Social Media kein klar und regional greifbares (Träger-)Medium wie etwa eine CD. Ein Telemedium im Sinne des Rundfunks ist es aber offensichtlich auch nicht. Die differenzierte Zuständigkeit von Bund (Trägermedien) und Ländern (Telemedien), die mit der Reform des JuSchG im Jahre 2003 eingeführt wurde, wird durch das Internet zu einem Grundproblem. Wie kann man dem Regelungsbedarf mit Blick darauf bzw. auf digitale Medien überhaupt beikommen?

Aktuell wird zum wiederholten Male die Etablierung eines Jugendmedienschutzes mit technischen Lösungen – kurz: technischer Jugendmedienschutz – verhandelt. Dazu sollen alle Anbieter von Webseiten, Foren und Blogs ihre Angebote nach Altersklassen kennzeichnen, und zwar nach der aktuellen Diskussionsvorlage (Eckpunktepapier 2014) entsprechend den etablierten Alterskennzeichen der Freiwilligen Selbstkontroll-Einrichtungen (geeignet ab 0, 6, 12, 16 oder ohne Jugendfreigabe ab 18 Jahren).

#### Lösung durch Technik?

Eltern sollen dazu auf den PCs, Notebooks, Tablets und Smartphones der Kinder und Jugendlichen Filter-Software

# Jugendmedienschutz

## Lösungsvorschläge

installieren, die entsprechend ihren Vorgaben den Zugang zu ungeeigneten Seiten verhindert. Diese Programme greifen zu auf Listen als bedenklich eingestufte Seiten (Blacklists) und auf für Kinder als geeignet angesehene Inhalte (Whitelists) sowie künftig dann auf die Alterskennzeichnung der Inhalte.

Diese scheinbar elegante Lösung wirft aber mehr Probleme auf, als das sie sie löst: Zunächst einmal ist die Frage, ob denn überhaupt alle Betreiber von Blogs, Foren und Websites fachlich in der Lage sind, ihre Inhalte unter Gesichtspunkten des Jugendmedienschutzes angemessen zu beurteilen. Auch fachkompetente Prüferinnen und Prüfer diskutieren bisweilen lange über die Einstufung eines Films. Die Tatsache, dass die Selbstkontrolleinrichtungen Verfahren über mehrere Instanzen vorsehen, zeigt, dass diese Frage nicht banal ist.

Eine zweite Frage ist, ob die Anbieter diese Kennzeichnung tatsächlich vornehmen oder es unterlassen und damit eine Blockierung ihrer Angebote für Kinder und Jugendliche mit einem Alter unter 18 Jahren in Kauf nehmen. Damit würden aber vielleicht unsinnige Hürden für einen freien und ungehinderten Informationszugang aufgestellt.

Das weit größere Problem liegt aber auf der Nutzerseite: Nach Auskunft unabhängiger Studien sind die meisten Filterprogramme für deutschsprachige Inhalte mehr oder minder ungeeignet und damit nutzlos. Und selbst die bisher von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) geforderte Genauigkeit von 80 Prozent reicht nicht aus: Es blieben noch 20 Prozent Pornographie und Gewalt und das ist meiner Meinung nach schlicht zu viel. Wenn Eltern oder Pädagogen sich blind auf solche Programme verlassen, bleibt die Gefahr für Kinder und Jugendliche. Mittlerweile völlig unstrittig ist auch, dass nationale Regelungen angesichts der Reichweite des weltweiten Internet ungeeignet sind (KJM 2014).

### Die mögliche Lösung

Es bedarf auf lange Sicht transnationaler Regelungen für einen technischen Jugendmedienschutz, der die Freiheit der Nutzer nicht einschränkt. Denn dies ist Minimal- und Maximalforderung zugleich: es wird nicht leistbar sein,

Jugendlichen, die über entsprechende Kompetenzen und Interessen verfügen, den Zugang zu Online-Inhalten zu verwehren. Vielmehr muss der Schutz der Kleinen und Kleinsten vor ungewollter Konfrontation mit ungeeigneten, da beeinträchtigenden Inhalten im Vordergrund stehen. Dies ist Gegenstand juristischer und technischer Regelungen – und absehbar eine Aufgabe, für die es noch längst keine tragfähige Lösung gibt.

Ein erster wichtiger Schritt für eine tragfähige nationale Regelung in Deutschland wäre die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission, die das Zu- und Miteinander der Institutionen sowie der diese legitimierenden Regelungen im Kinder- und Jugendmedienschutz neu ordnet und damit auf eine tragfähige Grundlage stellt.

Schließlich muss immer wieder daran erinnert werden, dass die Altersfreigaben der Selbstkontrolleinrichtungen keine pädagogischen Empfehlungen sind, sondern "nur" unter dem Gesichtspunkt der möglichen Entwicklungseintrüchtigungen für Kinder und Jugendliche vergeben werden. Schon dies bedingt eine flankierende pädagogische Einbettung der Thematik. Darüber hinaus bedarf es einer umfassenden Medienbildung für Kinder und Jugendliche, aber auch für deren Eltern und alle Pädagogen. Denn so sicher, wie der Bedarf nach Kinder- und Jugendmedienschutz am Anfang der Bildungskette steht, so deutlich steht das Bildungsziel eines verantwortlichen, sinnvollen und sozial Umgangs an deren Übergang zum Erwachsenenalter. Entsprechende Vermittlungsprozesse von Medienkompetenz bzw. Medienbildung sollten auf diesem Weg zum mündigen Bürger von allen Bildungsinstanzen, aber auch von anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen gefördert und unterstützt werden.

| [Andreas Büsch](#) |

Prof. i. K., Dipl.-Theologe, Dipl.-Pädagoge

## 6 Entwicklungsaufgabe Sterben

### Auseinandersetzung mit Sterben und Tod

Die letzte Entwicklungsaufgabe im menschlichen Leben

**Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hatte im Oktober 2014 an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages appelliert, jede Form der organisierten Beihilfe zum Suizid ausnahmslos und strafbewehrt zu verbieten. Zudem forderte das ZdK den Bundestag auf, zeitgleich die palliative Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen umfassend zu verbessern und strukturell abzusichern. Voraussichtlich im Herbst 2015 wird der Bundestag über die dann vorliegenden Gesetzentwürfe abstimmen. Professor Doktor honoris causa Ursula Lehr beleuchtet in dem folgenden Artikel die unterschiedliche Auseinandersetzung mit der Todesproblematik.**

"Jeder Mensch hat seinen eigenen Tod" (Rilke), jeder Mensch hat seine ihm ureigene Art, den letzten Weg seines irdischen Daseins zu gehen. Der Tod ist die letzte "developmental task", die letzte Entwicklungsaufgabe, die jedes Individuum für sich zu meistern hat. Wir können uns vielleicht auf diese Entwicklungsaufgabe vorbereiten, indem wir diese Situation antizipieren und nicht als "Unangenehmes" von vorneherein verdrängen. Der Theorie nach müsste eine Antizipation der Situation die Auseinandersetzung mit dieser in der konkreten Situation erleichtern. Doch: Über das Sterben reden oder das eigene Sterben bis in alle Einzelheiten zu antizipieren, das ist zweierlei.

Die Formen der Auseinandersetzung mit der Todesproblematik sind jeweils andere, je nachdem, ob es sich noch um relativ rüstige Menschen, selbst sehr hohen Alters, oder um Patienten handelt, die an einer schweren Krankheit leiden. In der Auseinandersetzung nicht akut erkrankter Hochbetagter mit der Thematik "Tod und Sterben" fand man eine starke Realitätsorientierung, d. h. eine geradezu forcierte Unterstreichung der Selbstverständlichkeit der Tatsache, dass alle Menschen einmal sterben müssen. Den Tod nimmt man hin, den Sterbeprozess, das Leiden, fürchtet man. Und das gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Für die Annahme geschlechtsspezifischer – d.h. durch das Geschlecht bestimmter - Unterschiede

in der Auseinandersetzung mit dem Sterbeprozess gibt es keine Belege.

#### Einstellung zum Tod

Zweifellos gilt: eine reale Sicht der Lebenssituation im höheren Alter sollte auch die Auseinandersetzung mit der Endlichkeit des Daseins nicht scheuen. Die Zahl psychologischer Literatur zum Todesproblem ist in den letzten 30 Jahren sehr angestiegen. Die meisten Untersuchungen gehen allerdings der Frage der Einstellung zum Tod nach oder dem Verhalten der Umwelt gegenüber den Sterbenden.

Methodisch abgesicherte Untersuchungen an Menschen in ihrer allerletzten Lebensphase verbieten sich zumindest jenen verantwortungsbewussten Forschern, die mit Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben stehen. Hier sollte sich die empirische Wissenschaft ihre Grenzen eingestehen – auch im Zeitalter von "Big Brother"! Der Sterbende selbst als Gegenstand psychologischer, experimenteller Untersuchungen, Befragungen, Testungen oder gar Video-Aufnahmen und Tonbandprotokollen übereifriger methodenbewusster Forscher – das lehne ich ab. Das Sterben eines Menschen ist etwas so Einmaliges, dass sich jede Generalisierung verbietet. Der Sterbeprozess in seiner Endphase entzieht sich – Gott sei Dank – dem strengen wissenschaftlichen Zugriff.

#### Vergangenheitsaspekt

Vielleicht lässt sich aber auch eine andere Erkenntnis aus der "developmental-task"-Forschung in gewisser Weise übertragen: Jedes kritische Lebensereignis, das zu unserer weiteren Entwicklung beiträgt, wird von jedem Individuum unterschiedlich erlebt:

- je nach der eigenen Vergangenheit, nach biografischen Gegebenheiten, nach Persönlichkeit,
- je nach den gegenwärtigen situativen Bedingungen
- je nach Zukunftsorientierung

Das heißt: die Auseinandersetzung mit Tod und Sterben wird einmal mit bestimmt vom bisherigen Leben (von Todeserfahrungen, aber auch von Lebenserfahrungen: dem Gefühl, seine Lebensaufgaben erfüllt zu haben, einen "ge-



# Entwicklungsaufgabe

## Sterben

ordneten" Haushalt zu hinterlassen), zum anderen auch von der konkreten gegenwärtigen Situation: den krankheitsbedingten Umständen, aber auch von familiären-sozialen Beziehungen; schließlich von der Zukunftsorientierung, dem Glauben an ein Weiterleben nach dem Tod. – "Sterben lernen" heißt eigentlich "Leben lernen". Das hat der Tübinger Psychiater SCHULTE klar ausgedrückt, wenn er sagt: "Belastend für den Alternden ist nicht so sehr, dass er gelebt hat und mit der Zeit auf dieses Leben verzichten muss, sondern belastend für den Einzelnen ist, dass man gerade nicht gelebt hat, nicht richtig, nicht ernst genug, nicht erfüllt genug, dass man überhaupt nicht gelebt hat und das Angebot des Lebens vertan ist, bevor es sich überhaupt erst hat entfalten können". Auch das macht den Vergangheitsaspekt deutlich.

Das Sterben erleichtern helfen heißt auch, bei einem Rückblick dem Sterbenden klar werden zu lassen, dass er gelebt hat, dass sich sein Leben gelohnt hat. Es heißt, ihm bei einer positiven Bilanzierung zu helfen. Es heißt, ihm zu zeigen, dass in der gegenwärtigen Situation alles geregelt ist, – oder wenn nötig – ihm bei dieser Regelung zu helfen, sodass er getrost Abschied nehmen kann in eine andere Zukunft.

### Familiensituation

Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Sterbende oft eher bereit ist, den Tod anzunehmen, dass er selbst darüber reden möchte, dass aber die Familie oft nicht zu einem Akzeptieren dieser Situation zu bringen ist. Dem bei einem längeren Sterbeprozess zu Hause stets anwesenden Partner – häufiger ist es die Partnerin – wird einiges abverlangt. Und sie braucht Unterstützung durch die Umwelt. Sie braucht jemanden, mit dem sie ihre einmaligen Erfahrungen in der Situation, die Reaktionen des vielleicht sogar verwirrten Sterbenden, bespricht, um diese selbst "zu verarbeiten" und so für die nächsten Stunden gerüstet zu sein. Oft spricht der Sterbende in Phantasien, in Traumbildern, die es zu deuten gilt und auf die man vielleicht reagieren sollte. Der Angehörige braucht Hilfe für eine realistische Antizipation des Todes. Der Angehörige braucht vor allem aber Beistand, wenn das – auch erwartete – Ereignis eingetreten ist und man jetzt erst merkt, in wie vielfältiger Weise sich das eigene weitere Leben ändert.

Es ist mit ein Verdienst der Hospiz-Bewegung, die Thematik der Sterbebegleitung stärker in den Vordergrund der Diskussion gerückt zu haben. STAPPEN und DINTER arbeiten sehr deutlich Aufgaben der Sterbebegleitung heraus, wobei sie die Individualität des Sterbens immer wieder betonen. Es gilt,

- die Autonomie des Sterbenden zu achten,
- ein würdevolles Leben bis zuletzt zu ermöglichen,
- den Sterbenden und seine Angehörigen als Mitglieder einer Familie zu sehen,
- die bewusste Auseinandersetzung mit der Endlichkeit des Lebens zu fördern,
- Gefühle des Sterbenden zu akzeptieren und zu klären,
- ein vertieftes Anteilnehmen zu erlernen,
- Sozialberatung zu vermitteln und
- in spirituellen und religiösen Fragen zu begleiten.
- die Ängste des Sterbenden zu verstehen die sehr vielseitig sein können und nach Möglichkeit helfen, sie zu mindern

Vor allem aber kommt es darauf an, Schmerztherapie und Palliativmedizin auszubauen und sie einem jeden zugänglich zu machen, um so dem Wunsch nach einem assistierten Suizid zu begegnen. Hier wird das Ende des Lebens von außen herbeigeführt, abgebrochen, ohne dass es sich von innen vollenden konnte. "Denn auch das Alter ist Leben... Wohl bedeutet es die Annäherung an den Tod; aber auch der Tod ist ja noch Leben. Er ist nicht nur ein Aufhören und Zunichtwerden, sondern trägt einen Sinn in sich. Denken wir an die Doppelbedeutung, die das Wort ‚Enden‘ hat, und die in der Verbindung mit dem Eigenschaftswort ‚voll‘ zutage tritt. ‚Voll-enden‘ heißt wohl, zu Ende bringen, aber so, dass sich darin das erfüllt, worum es geht. So ist der Tod nicht das Nullwerden, sondern der Endwert des Lebens – etwas, das unsere Zeit vergessen hat. Die Alten haben von der ‚ars moriendi‘ gesprochen, von der Kunst des Sterbens, und damit sagen wollen, es gäbe ein falsches und ein richtiges Sterben: das bloße Ausrinnen und Zu-Grunde-Gehen - aber auch das Fertig- und Voll-Werden, die letzte Verwirklichung der Daseinsgestalt." (Guardini)

| Prof. Dr. Dres. h. c. Ursula Lehr |  
Bundesministerin a. D.

## Flüchtlingsschutz und Willkommenskultur

Ein Beschluss des Diözesanrates Berlin

**Deutschland diskutiert über die Notwendigkeit eines reformierten Zuwanderungsgesetzes und den angemessenen Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen. Der Anspruch, dem Asylrecht und dem Flüchtlingsschutz auch in der Praxis gerecht zu werden, erfordert politische Entscheidungen, aber auch konkretes Handeln auf kommunaler Ebene.**

In Berlin wurde dies in den letzten Monaten besonders deutlich aufgrund der Konflikte und Krisen rund um das Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz. Dieser Protest markiert, zumindest in Berlin, eine Zäsur in der Debatte. Erstmals diskutieren nun Flüchtlinge mit an "Runden Tischen" und treten mit eigener Stimme für das Recht auf Asyl, Zuwanderung und Migration ein. Wie in anderen Städten gibt es in Berlin Diskussionen rund um die Bereitstellung neuen Wohnraumes für Flüchtlinge. Diese Situation hat den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin dazu bewogen, im vergangenen November Stellung zu beziehen.

### Reaktionen

Die Erklärung des Diözesanrates wurde an relevante politische Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene verschickt und hat bereits einige Stellungnahmen hervorgerufen. Selten war die Resonanz auf einen Beschluss des Diözesanrates derartig groß. Von den Landesregierungen meldeten sich aus Berlin der Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, und die Staatssekretärin für Arbeit, Integration und Frauen, Barbara Loth, sowie die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Diana Golze, aus Brandenburg. Alle würdigen das Engagement des Diözesanrates für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und für Willkommensinitiativen. Sie nennen verschiedene Maßnahmen, die sie selbst in diesem Zusammenhang ergriffen haben oder planen. Teilweise werden auch vom Diözesanrat vertretene Positionen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik ausdrücklich unterstützt.

Auf kommunaler Ebene reagierten mehrere Integrationsbe-

auftragte der Berliner Bezirke sowie die Integrationsbeauftragten der Stadt Potsdam und des Landkreises Märkisch-Oderland im Land Brandenburg. Im Dezember kam es zu einem Gespräch vor Ort mit dem Integrationsbeauftragten des Bezirks Reinickendorf, Oliver Rabitsch. Hier befindet sich derzeit die größte Flüchtlingsunterkunft Berlins (mit 600 Personen). Sein Wunsch an die Kirchengemeinden ist es, Informationen weiterzugeben und zur Sensibilisierung für das Thema Flüchtlinge beizutragen.

Zuspruch kommt auch von Engagierten außerhalb kirchlicher Netzwerke. So lud die Gruppe "Interreligiöser Dialog Charlottenburg-Wilmersdorf" ein, den Beschluss des Diözesanrates vorzustellen. Sie unterstützt ihn ausdrücklich. Auf ihre Initiative hin hat sich nun der Koordinierungskreis des "Berliner Forum der Religionen" ebenfalls damit befasst.

### Neue Herausforderung Kirchenasyl

Die im Antrag enthaltenen Forderungen und Bewertungen erhalten dieser Tage neue Aktualität. Seit Januar dieses Jahres beurteilt die für Asylsuchende zuständige Behörde, das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Kirchenasyl neu: Schutzsuchende im Kirchenasyl gelten nun als "flüchtig". Das betrifft in deutschlandweit etwa 200 aktuellen Kirchenasylen 169 Menschen. Trotz geringer Zahl regt sich Widerstand. Eine empörte Kirchenbasis, vor allem in Bayern, sieht sich im Korrektiv und nicht im Bruch des Rechtsstaates.

### Aufruf

"Das biblische Gebot ‚Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst‘ (Lev 19,34) ist eine direkte Aufforderung für uns und unsere Gemeinden", heißt es in der Erklärung, die hier in Auszügen dokumentiert werden soll.

### Auszüge

1. Seit Papst Franziskus zu Beginn seines Pontifikats auf Lampedusa Zehntausende auf der Flucht ertrunkene Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer beweint hat, sind ungezählte weitere Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben. Die Abschottung der europäischen Grenzen zwingt Menschen, die ernsthafte Fluchtgründe haben, auf



# Asyl Flüchtlinge

lebensgefährliche Routen.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Treten Sie auf europäischer Ebene dafür ein, dass Flüchtlinge auf sicheren und legalen Wegen nach Europa kommen können! ...

2. Die europaweiten Asylregelungen führen dazu, dass Zehntausende Schutzbedürftige in Europa hin- und hergeschoben, Familien auseinandergerissen werden und sich die Flucht verlängert, statt die Asylsuchenden entscheiden zu lassen, wo sie ihr Asylverfahren führen wollen.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Beenden Sie dauerhaft die Praxis, Asylsuchende zu inhaftieren, nur um sie in ein anderes europäisches Land zurückzuschieben! Sorgen Sie dafür, dass in jedem Einzelfall familiäre, kulturelle und soziale Bindungen, ... ernsthaft geprüft und berücksichtigt werden.

3. Bundesweit haben bereits viele Kirchengemeinden ihre Räume für Flüchtlinge geöffnet, die von anderen europäischen Ländern als Schutzbedürftige anerkannt wurden, von dort jedoch aus schwer wiegenden Gründen weiter geflohen sind. Europäische Ungleichheiten dürfen nicht auf dem Rücken von Schutzbedürftigen ausgetragen werden, ...

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass alle Flüchtlinge, die innerhalb Europas als schutzberechtigt anerkannt werden, auch vergleichbare Freizügigkeitsrechte erhalten wie EU-Bürgerinnen und -Bürger.

4. Viele Menschen leben mit ihren Familien seit langem in Deutschland ... , ohne jedoch aufenthaltsrechtliche Sicherheit zu haben – viele Kinder und Jugendliche haben ihr ganzes Leben mit der Angst vor der Abschiebung verbracht.

Wir fordern die Bundesregierung auf: Gestalten Sie die angekündigte Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete großzügig, und dann setzen Sie sie zügig um! ...

5. Zu einem menschenwürdigen Leben gehört Bewegungsfreiheit. Doch Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete unterlagen bislang in Deutschland der sogenannten Residenzpflicht, ... Das ist in Europa einmalig. ... Dass die Verpflichtung, an einem bestimmten Ort zu woh-

nen, ab dem vierten Aufenthaltsmonat nur noch für Asylsuchende und Geduldete gelten soll, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist ein Fortschritt ... Gerade diese Wohnsitzauflage hindert sie aber in der Praxis oft, an einen Ort umzuziehen, an dem sie leichter Arbeit finden könnten. ... Daher fordern wir die Bundesregierung auf: Ermöglichen Sie den Wohnsitzwechsel zur Arbeitsaufnahme und in Härtefällen!

6. Das Asylbewerberleistungsgesetz hat Familien und Einzelne zu einem Leben unterhalb des Existenzminimums verurteilt, bis das Bundesverfassungsgericht eingeschritten ist. In vielen Fällen ist der Zugang zu medizinischer Versorgung über die Grundversorgung hinaus nur durch ehrenamtliche und spendenfinanzierte Einrichtungen möglich.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Gewähren Sie Asylbewerberinnen, Asylbewerbern, Menschen mit humanitären Aufenthaltstiteln und Geduldeten gleichberechtigten Zugang zu bestehenden Sozialleistungen einschließlich der medizinischen Versorgung sowie zu Sprachkursen (inklusive Kinderbetreuung)! Wir begrüßen, dass Asylsuchende nach drei Monaten Aufenthalt Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten sollen. 15 Monate lang soll aber noch die sogenannte "Vorrangprüfung" gelten, nach der eine Stelle nur angetreten werden darf, wenn kein arbeitsloser Deutscher oder EU-Bürger dafür zur Verfügung steht. Wir fordern die Bundesregierung auf: Lassen Sie die Vorrangprüfung insgesamt fallen, ...

7. ... Dass Asylsuchende ihre Unterkunft nicht wählen dürfen, bringt die Verpflichtung mit sich, eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass sich Menschen ohne Angst in ihrer Umgebung bewegen können. ...

8. Kirchengemeinden und kirchliche Orte im Erzbistum und in der Landeskirche ermutigen wir, den Kontakt zu Flüchtlingen zu suchen, ...

Wir bitten Kirchengemeinden, im Notfall auch die Möglichkeit eines Kirchenasyls ernsthaft zu prüfen.

| [Lissy Eichert UAC & Dr. Maria-Luise Schneider](#) |  
Sachausschuss "Migration und Integration" des Diözesanrates Berlin

## Wie man die störenden Neuen effektiv los wird

Eine nicht ganz ernst gemeinte Anleitung

**Gremien haben oft ein großes inneres Beharrungsvermögen und Scheu vor Neuem und Neuen. Pfarrgemeinderäte bilden hier keine Ausnahme. Aber ohne Neues und Neue gibt es auch hier keinen Weg in die Zukunft.**

Meine Entwicklungstätigkeit in den Pfarreien bringt mich viel mit Pfarrgemeinderäten in Kontakt. Vor ein paar Jahren traf ich einen engagierten jüngeren Mann, den man anhand der Sinus-Milieus wohl als "Modernen Performer" einstufen würde. Er kam anfangs hoch motiviert mit Ideen, als er aber merkte, dass es kompliziert wird, hat er nach einem halben Jahr das Handtuch geworfen. Neue tun sich in einem Pfarrgemeinderat und damit in der Pastoral immer wieder schwer. Sie passen sich offenbar nicht so einfach ein. Gerade neue Mitglieder stören das Gewohnte. Darin liegen aber wichtige Hinweise für die Arbeit im Pfarrgemeinderat.

Gehen wir es doch zunächst einmal von der verkehrten Seite an: Wie wird man die Störenfriede am besten wieder los?

### Diese Störer!

Gerade für die Unerfahrenen und Neuen, meist auch die Jüngeren sind Gremien wie ein Pfarrgemeinderat zunächst eine Herausforderung. Zugleich stellen die Neuen häufig Dinge in Frage oder bringen neue Blickwinkel und Anliegen ein. Und ganz besonders interessant wird es, wenn im Pfarrgemeinderat verschiedene Milieus aufeinander treffen, wenn sich z.B. ein "Moderner Performer" in eine Gruppe "Traditionsverwurzelter" verirrt hat. Es ist meistens viel leichter zu arbeiten, wenn man sich von vornherein gut "riechen" kann oder wenn es eine wohlige Gemeinschaft ist, am besten eine Gruppe, die seit langem zusammengeschweißt ist. Was also tun? Da lassen sich einige Strategien finden, um Neue richtig einzusortieren oder ihr wirkliches Interesse zu prüfen oder, falls das alles nichts hilft, sie bald wieder loszuwerden.

### Die Wurst-Preis-Strategie

Bei diesem Ansatz gehen sie am besten möglichst bald dazu über, das übliche Programm des Jahres abzuspulen. Zentral ist natürlich das Pfarrfest, für das spätestens ab der Zeit nach Weihnachten am meisten Raum reserviert wird. Natürlich sollten sie noch ein paar Andachten während der Fastenzeit oder auch das Fastenessen dabei nicht vergessen. Aber bis das Pfarrfest organisiert ist – das dauert. Und am besten nehmen sie sich eine halbe Sitzung lang Zeit, um nochmals die Preise für den Wurstverkauf zu diskutieren. Sie zeigen den Störenden damit, was zu tun ist und was wichtig ist.

### Die Christbaum-Strategie

Sehr wirksam ist das Christbaum-Prinzip. Ein Christbaum wird erst dadurch schön, dass an ihm viele Kugeln und Kerzen hängen. So kann man es auch mit Ehrenamtlichen machen. Gerade die Neuen müssen noch "behängt" werden. Da findet sich im bisherigen Tätigkeitsspektrum des Pfarrgemeinderats sicherlich genügend, das man von den Neuen erwarten und fordern kann. Schließlich sollen ja nicht nur die Alten arbeiten.

### Die Kreativ-Strategie

Spannend ist es auch, wenn eine Sitzung wenig vorbereitet ist. Entweder haben sie gar keine Tagesordnung oder nur eine grobe und unklare und sie wissen eigentlich noch nicht, was das Ziel der Sitzung ist. Dann bleibt viel Spielraum für Gespräche, die sich an gewissen Punkten entzünden. Alternativ geht auch, dass die Sitzungsleitung zwar eine Tagesordnung vorlegt, aber das Gespräch nicht ziel führend moderiert.

### Die kommunikative Strategie

Wohltuend ist es in einer Sitzung immer, wenn man einfach mal locker quatschen kann. Das verhindert zu viel inhaltliche Diskussion, die meistens irgendwie anstrengend wird, weil man wieder etwas reflektieren, verändern oder neu organisieren soll. Hilfreich ist dazu, dass sie regelmäßig am besten gleich zu Beginn der Sitzung einen ausführlichen Punkt "Rückblick" einfügen.

# Gremien Effizienz

## Die Aktiv-Strategie

Manche Pfarrgemeinderäte sind auch in der Weise erfolgreich, dass sie ein fixes Programm für das Kirchenjahr haben oder es gibt eine riesige Menge an Aktivitäten, die sie jede Sitzung dringend abhaken müssen. Sie legen am besten eine lange Liste mit Tagesordnungspunkten vor, die in kürzester Zeit abgehandelt werden müssen. So bleibt keine Luft mehr für andere Themen und damit auch keine Luft für Störungen.

## Die Ermüdungsstrategie

Erfolgreich ist auch die Strategie, Sitzungen möglichst lange zu machen. Beginn um 20 Uhr und offenes Ende, am besten nie die 22-Uhr-Marke erreichen, sondern frühestens gegen 22.45 Uhr oder noch später erst zum Ende kommen! Sehr passend dazu ist es, einen wichtigen Punkt ans Ende der Tagesordnung zu stellen.

## Die Aufwärm-Strategie

Jugendarbeit kann nie gut genug laufen. Das ist immer ein Gespräch wert und es lässt sich auch mit vielen anderen Themen verknüpfen. Geben sie ein wertendes Stichwort und die Diskussion kann losgehen. Auch Jammern hilft. Häufig schafft man es, dieses Thema jede zweite oder dritte Sitzung nochmals zu lancieren.

## Der andere Weg: Vom Wert der Störenden!

Gehen wir den nicht ganz ernst gemeinten Strategie-Vorschlägen nochmals nach. Wie agiert ein Pfarrgemeinderat nun am besten, damit er seinen Auftrag erfüllt, Pfarrei und Kirche mitzugestalten?

Will der Pfarrgemeinderat die Pastoral der Pfarrei mit gestalten, muss er einerseits sein Tun am Evangelium und damit am Auftrag orientieren und andererseits den Menschen nahe sein und Raum lassen, um sein Handeln zu reflektieren. Einen Tag lang in einer gemeinsamen Klausur innehalten und das eigene Tun neu ausrichten ist da hilfreich. Setzen sie sich also Ziele und planen sie die Umsetzung, um die Dinge innerhalb eines kürzeren oder längeren Zeitraums in die Umsetzung zu bringen. Und trauen sie sich auch etwas! Machen sie ihre Ziele nicht zu klein.

Bauen sie den Pfarrgemeinderat nicht als Clique sondern als Netzwerk-Knotenpunkt auf, mit dem alle Gruppen vernetzt sind. Dazu gehört auch die Kooperation mit nicht-kirchlichen Einrichtungen.

Stören die Störenden denn wirklich? Es ist eine Erkenntnis aus der Milieu-Forschung, dass es zwischen den Milieus Abgrenzungsmechanismen gibt, z.T. auch Abneigungen. Genau diese unterschiedlichen Sichtweisen tun aber einem Pfarrgemeinderat gut. Neue Mitglieder im Pfarrgemeinderat sind ideal, um neue Anregungen und Gedanken, auch theologische, zu bekommen. Die sogenannten "Störer" haben möglicherweise etwas wahrgenommen, das es wert ist zu vertiefen. Es kommt lediglich darauf an, ernsthaft und wertschätzend mit diesen Störungen umzugehen.

Achten sie auf die Ehrenamtlichen. Sie sollten ihre eigenen Ideen und Anliegen einbringen, selbst aktiv sein und auch ihre Grenzen individuell setzen können. Dazu zählt wesentlich, dass sie mitverantworten dürfen. Die Tendenz zum Christbaum-Prinzip sollte nicht passieren, um Motivationen nicht zu beschädigen.

Sitzungsgestaltung und -leitung ist gar nicht so unwesentlich. Schon allein die Vorbereitung im Vorstand ist die halbe Miete. Einladung, klare Ziele, klare Tagesordnung mit Zuständigkeiten, genügend Zeit pro Punkt, klare Gesprächsregeln, zielgerichtete Moderation, Beteiligungsmöglichkeiten an wichtigen Themen der Pastoral wie auch ein klares Sitzungsende sind z.B. zu beachten.

Und machen Sie den Pfarrgemeinderat nicht zu einem Festausschuss! Natürlich müssen wichtige Punkte eines Festes ggf. im Pfarrgemeinderat diskutiert werden. Aber versuchen sie in Ausschüssen oder Arbeitskreisen zu arbeiten.

Effektive Gremien brauchen durchdachtes Handeln ähnlich den ausbaufähigen Beispielen. Das gilt ebenfalls für den Pfarrgemeinderat. Auch manch unbedachtes Handeln kann strategisch wirken - aber wahrscheinlich nicht so wie sie es wollen.

| Dr. Thomas Wienhardt

Referent für Gemeindeentwicklung im  
Bistum Augsburg



Der klimaneutrale Versand  
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

## "Ich will auch heiraten!"

Inklusionsprojekt bei donum vitae

**Zum 1. März 2013 ist das Inklusionsprojekt "Ich will auch heiraten - Implementierung passgenauer Angebote in der Schwangerschaftskonflikt- und allgemeinen Schwangerschaftsberatung bei Menschen mit geistiger Behinderung" von donum vitae Bundesverband e.V. gestartet. Es wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und läuft über die Dauer von drei Jahren.**

Der Titel des Projektes "Ich will heiraten" entstand aus der Beratung heraus. Diese Aussage ist Ausdruck des Wunsches nach gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, nach Liebe, Glück, Partnerschaft und Elternschaft. Neben der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Grundgesetz ist Paragraph 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes Grundlage des Projektes. Dort wird ausgeführt, dass jede Frau und jeder Mann das Recht hat, sich in Fragen der Schwangerschaft, Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung beraten zu lassen. Eine umfassende Sexualerziehung wird bei Menschen mit Behinderung teilweise nicht realisiert, sexuelle Entwicklung bzw. Erfahrung damit verhindert. Sie benötigen sexualpädagogische Angebote und Beratung, die diese Lebenserfahrungen berücksichtigen und methodisch, didaktisch angemessen darauf reagieren. Wissen zu erwerben führt zu der Befähigung, sich entscheiden zu können in Bezug auf Formen von Sexualität, die eigene Rolle als Mann, als Frau und die jeweils eigene sexuelle Identität. Dem müssen Beratung und Sexualpädagogik entsprechen.

## Passgenaue Angebote

Hier setzt das Inklusionsprojekt von donum vitae an. Der Prozess zur Entwicklung und Implementierung passgenauer Angebote wird vom Bundesverband gesteuert. In den acht Modellberatungsstellen werden die jeweiligen Schwerpunkte des Projektes erarbeitet und durchgeführt und bei einem Workshop die Ergebnisse evaluiert. Außerdem wird eine Online-Beratung in Leichter Sprache entwickelt. Thematisch relevante Fortbildungen werden im laufenden Projekt zur Stärkung der Kompetenzen der Beraterinnen und Berater angeboten. Das Projekt wird wissenschaftlich von der Universität Leipzig begleitet. Im Rahmen des Projektes wurde ein Projektbeirat gebildet, der die Aufgabe hat, den Inklusionsprozess mit zu gestalten, die erzielten Ergebnisse der einzelnen Meilensteine zu reflektieren und die Interessen und Perspektiven von Menschen mit geistiger Behinderung in die Arbeit mit einfließen zu lassen. Der Projektbeirat besteht aus Expertinnen und Experten in eigener Sache und Fachleuten der Behindertenhilfe. Mit Mitteln der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurden Broschüren in Leichter Sprache zu Beratung und Sexualpädagogik vom Bundesverband entwickelt.

## Widersprüchliche Vorstellungen

Bereits vorliegende Erfahrungen im Projekt zeigen vielfältige Kompetenzen der Klientinnen und Klienten mit Behinderung, aber auch ihren Beratungsbedarf. Einrichtungen der Behindertenhilfe begrüßen die Möglichkeit zur Kooperation. Aber auch Vorbehalte werden deutlich. Insbesondere die Themen Verhütung und Elternschaft stoßen auf widersprüchliche Vorstellungen der Beteiligten. Beratung bei Menschen mit Behinderung erfordert mehr Zeit und erweiterte Kompetenzen als andere Beratungsprozesse, der Einbezug des sozialen Umfeldes unter Beachtung von Datenschutz und Schweigepflicht ist häufig notwendig. Ergebnisse und Auswertungen des Projektes werden in eine Handreichung einfließen, auch um die Nachhaltigkeit des Projektes zu gewährleisten. Die Ergebnisse werden bei einem Fachtag am 7. März 2016 vorgestellt.

| Petra Schyma

Referentin bei donum vitae Bundesverband e.V.,  
Projektleitung des Inklusionsprojektes

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48  
Mail [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) Web [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Herausgeber  
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion  
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:  
[www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner](http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner)